

Bürgerliches Recht

Medicus / Petersen

30. Auflage 2025
ISBN 978-3-8006-7715-3
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Medicus · Petersen | Bürgerliches Recht

Eine nach Anspruchsgrundlagen geordnete Darstellung
zur Examensvorbereitung



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bürgerliches Recht

Eine nach Anspruchsgrundlagen
geordnete Darstellung
zur Examensvorbereitung

Begründet von

Dr. Dres. h. c. Dieter Medicus

weiland Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

seit der 22. Auflage gemeinsam und seit der 24. Auflage allein fortgeführt von

Dr. Jens Petersen

Professor an der Universität Potsdam

30., neu bearbeitete Auflage 2025

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: Medicus/Petersen BürgerlR Rn.

vahlen.de

ISBN Print 978 3 8006 7715 3

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 8006 7716 0

ISBN E-Book (ePUB) 978 3 8006 7911 9

© 2025 Verlag Franz Vahlen GmbH

Wilhelmstraße 9, 80801 München

info@vahlen.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



vahlen.de/nachhaltig

produktsicherheit.vahlen.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 30. Auflage

Zehn Jahre nach dem Tod von *Dieter Medicus* stammen das Grundgerüst und wesentliche Teile dieses Buches immer noch von ihm. Diese wurden natürlich im Laufe der letzten zehn Auflagen permanent aktualisiert und erweitert. Andererseits habe ich für die vorliegende Neuauflage wieder vielfältige Streichungen und Straffungen vorgenommen, um die Darstellung von Einzelheiten zu befreien, die im Examen heutzutage nicht mehr als parates Wissen vorausgesetzt werden können. So hat der Umfang des Buches in den vergangenen zwanzig Jahren meiner Mitarbeit insgesamt kaum zugenommen.

Ich danke Dr. Roy F. Bär, Hannes Arndt und Manuela Behrendt herzlich für ihre Hilfe.

Potsdam, September 2025.

Jens Petersen



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1968)

Dieses Buch setzt ein bestimmtes Grundlagenwissen im bürgerlichen Recht voraus. Adressat ist also der Vorgerückte: Ihm soll die Möglichkeit gegeben werden, im Examen besonders häufig vorkommende Einzelfragen auf knappem Raum beieinander zu finden. Dazu war naturgemäß eine Auswahl nötig, die durch meine eigenen Vorstellungen und Erfahrungen beeinflusst worden ist. Konzentriert habe ich mich vor allem auf die Fragen, deren Lösung dem Gesetzeswortlaut nicht ohne Weiteres entnommen werden kann. Gerade deshalb aber bildet das Gesetz die unentbehrliche Basis für das Verständnis des Buches: Das sorgfältige Nachschlagen der angeführten Vorschriften kann dem Leser nicht warm genug ans Herz gelegt werden.

Meine Ziele sind Wiederholung und Vertiefung. Der Vertiefung insbesondere soll es dienen, dass der Stoff ohne Rücksicht auf die Einteilung des BGB und mit Übergriffen in das Handelsrecht dargeboten wird. Dadurch ergeben sich Parallelen und Vergleichsmöglichkeiten zwischen Institutionen, die im Gesetz und deshalb oft auch in den systematischen Vorlesungen und Lehrbüchern weit voneinander entfernt stehen.

Zur Veranschaulichung sollen die zahlreichen eingestreuten Fälle dienen, die ich möglichst der neueren Rechtsprechung entnommen habe. Aber diese Fälle sind immer nur als Beispiele zu verstehen: Mir scheint die Gefahr allzu groß, dass die oft nur dunkle Erinnerung an den irgendwo schon einmal gehörten oder gelesenen Fall den Blick auf das Gesetz verstellt. Die nicht seltene Erscheinung, dass sich die in den Klausuren erzielten Noten mit fortschreitendem Studium verschlechtern, dürfte hiermit zusammenhängen. Daher habe ich mich bemüht, auch die systematischen Zusammenhänge hervortreten zu lassen.

Bei den Zitaten aus der Rechtsprechung habe ich die Sachverhalte, die den besprochenen Entscheidungen zugrunde liegen, vielfach vereinfacht und bisweilen auch geändert. Das war nötig, um die Sachfragen klarer hervortreten zu lassen.

Dieter Medicus



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 30. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1968)	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXIII
Einleitung. Aufbaufragen	1
§ 1 Der Anspruchsaufbau	1
I. Die Anspruchsnorm als Ausgangspunkt	1
II. Reihenfolge der Prüfung von Anspruchsnormen	3
III. Prüfung von Einwendungen	7
§ 2 Grenzen des Anspruchsaufbaus	8
I. Andere Fallfragen	8
II. Prozessuale Vorfragen	10
1. Abschnitt. Ansprüche aus Vertrag	13
§ 3 Verpflichtende und verfügende Verträge	13
I. Unterschiede zwischen Verpflichtung und Verfügung	13
II. Verpflichtung, Verfügung und causa	18
1. Kapitel. Zustandekommen von Schuldverträgen	22
§ 4 Vertragsschluss	22
I. Zugangsprobleme	23
II. Schweigen nach bürgerlichem Recht	26
III. Schweigen im Handelsrecht	28
IV. Allgemeine Geschäftsbedingungen	31
§ 5 Stellvertretung	37
I. Abgrenzung der Stellvertretung	37
II. Offenheitsgrundsatz	40
III. Vertretungsmacht	44
IV. Schadensersatz bei Vertretung ohne Vertretungsmacht	54
§ 6 Willensmängel	56
I. Abgrenzungsfragen zu §§ 119–122 BGB	56
II. Nichtigkeit wegen Willensmängeln	57
III. Irrtumsfälle nach § 119 I BGB	60
IV. Irrtumsfälle nach § 119 II BGB	63
V. Irrtumsfolgen	65
VI. Sonderregelungen des Irrtums	66
VII. Probleme des § 123 BGB	68
§ 7 Die Geschäftsgrundlage	72
I. Vorfragen	72
II. Abgrenzung der Geschäftsgrundlage	72
III. Die Prüfung der Geschäftsgrundlage	76
§ 8 Fragen des Minderjährigenrechts	79
I. „Lediglich rechtlicher Vorteil“	79
II. Die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	81
III. Außervertragliche Haftung	82
§ 9 Formfragen	85
I. Formbedürftigkeit	85
II. Mangel der durch Gesetz bestimmten Form (§ 125 S. 1 BGB)	85
III. Mangel der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form (§ 125 S. 2 BGB)	89

§ 10 Vertragsansprüche ohne Vertrag	91
I. Erfüllungsansprüche	91
II. Ansprüche auf Schadensersatz	94
2. Kapitel. Die Wirkung von Schuldverträgen	99
§ 11 Übersicht über die Pflichten aus Schuldverträgen	99
I. Primär- und Sekundärpflichten	99
II. Haupt- und Nebenleistungspflichten	100
III. Schutzpflichten (nichtleistungsbezogene Nebenpflichten)	100
§ 12 Das Synallagma (Gegenseitiger Vertrag)	104
I. Anwendungsbereich des Synallagma	104
II. Wirkungen des Synallagma	105
§ 13 Allgemeines Leistungsstörungenrecht	118
I. Einteilung	118
II. Arten der Pflichtverletzung	120
III. Stückschuld, Gattungsschuld, Geldschuld	127
IV. Vertretenmüssen	133
V. Gefahrtragung	136
VI. Die Reihenfolge der Prüfung von Leistungsstörungen	140
§ 14 Einzelne Vertragstypen	142
I. Der Kauf	142
II. Andere Schuldverhältnisse	171
§ 15 Verbraucherschutzrecht	185
I. Ausgangspunkt	185
II. Überblick	185
III. Einzelprobleme	188
§ 16 Unentgeltliche Geschäfte	196
I. Abgrenzung Rechtsgeschäft – Gefälligkeitsverhältnis	196
II. Abgrenzung bei der Schenkung	201
III. Die Schwächen des unentgeltlichen Erwerbs	204
IV. Rechtsgrundlos = unentgeltlich?	208
V. Die Schenkung von Todes wegen	209
2. Abschnitt. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	215
§ 17 Übersicht über die Geschäftsführungsverhältnisse	215
I. Arten der Geschäftsführung	215
II. Geschäftsführung für einen anderen	217
III. Die unechte Geschäftsführung ohne Auftrag	222
§ 18 Einzelheiten der Geschäftsführung ohne Auftrag	225
I. Berechtigte und unberechtigte Geschäftsführung	225
II. Rechtsfolgen der Geschäftsführung ohne Auftrag	227
III. Schema für die §§ 17 und 18	231
3. Abschnitt. Dingliche Ansprüche	233
§ 19 Übersicht über die dinglichen Ansprüche	233
I. Begriff	233
II. Überblick	234
III. Eigenarten der dinglichen Ansprüche	236
IV. Die eigene Störungsregelung für dingliche Ansprüche	241
V. Zusammenfassung zu III und IV	242
§ 20 Anwartschaften	243
I. Typische Anwartschaften	243
II. Der Schutz der Anwartschaften	245
III. Übertragung und Erwerb der Anwartschaft	250
IV. Die Abhängigkeit der Anwartschaften von ihrem schuldrechtlichen Bestandteil	254
V. Einzelfragen zur Anwartschaft bei bedingtem Rechtserwerb	255
VI. Anwartschaft und Anwartschaftsrecht	257
§ 21 Fiduziarische Sicherungsrechte	259
I. Arten der Treuhand und Gründe der Sicherungstreuhand	259
II. Komplikationen bei der fiduziarischen Sicherung	261

III. Die Erfüllung der zu sichernden Forderung	263
IV. Wirkungen des Sicherungszwecks gegenüber Dritterwerb des Sicherungsguts	265
V. Die fiduziarische Sicherung in Zwangsvollstreckung oder Insolvenz	268
VI. Die Verarbeitungsklausel bei Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübereignung	269
VII. Das Bestimmtheiterfordernis bei Sicherungsübereignung und Sicherungszession	272
VIII. Das Zusammentreffen von verlängertem Eigentumsvorbehalt und Sicherungszession	274
§ 22 Der Erwerb vom Nichtberechtigten kraft Rechtsscheins	277
I. Möglichkeiten des rechtsgeschäftlichen Erwerbs	277
II. Allgemeines zum redlichen Erwerb	283
III. Einzelfragen zum Grundbuch	287
IV. Einzelfragen zum Besitz	291
V. Der Erbschein	296
§ 23 Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis und der Erbschaftsanspruch	299
I. Zweck der Sonderregelungen	299
II. Übersicht zum Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	300
III. Die Redlichkeit beim Besitzerwerb durch Gehilfen	301
IV. Verhältnis §§ 985 ff. BGB – Vertrag	302
V. Verhältnis §§ 987 ff. BGB – Delikt	307
VI. Verhältnis §§ 987 ff. BGB – Bereicherungsrecht	307
VII. Besonderheiten beim Erbschaftsanspruch	311
4. Abschnitt. Ansprüche aus Delikt	317
§ 24 Probleme des Deliktsrechts	317
I. Haftung aus Unrecht und Gefährdung	317
II. Haftung aus verschuldetem Unrecht	317
III. Die Ergänzung der Ansprüche auf Schadensersatz durch Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche	328
IV. Gefährdungshaftung	330
V. Beeinflussung durch Vertragsrecht	335
§ 25 Die Verkehrspflichten	337
I. Die Funktion der Verkehrspflichten	337
II. Begründung und Umfang von Verkehrspflichten	339
III. Zusammenfassung	349
IV. Einzelheiten zur Verkehrspflicht	349
5. Abschnitt. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	351
§ 26 Übersicht zum Bereicherungsrecht	351
I. Funktionen der §§ 812 ff. BGB	351
II. Leistungs- und Eingriffskondiktion im Überblick	352
§ 27 Leistungskondiktion	354
I. Leistungsbegriff und Wertungsfragen	354
II. Einzelne Dreipersonenverhältnisse	355
III. Gründe für die Leistungskondiktion	366
§ 28 Eingriffskondiktion	376
I. Begriff	376
II. Eingriffsobjekt und Eingriff	376
3. Zuweisungsgehalt	377
III. Parteien der Eingriffskondiktion	378
IV. Inhalt der Eingriffskondiktion	380
V. Leistung und Eingriff	384
6. Abschnitt. Einwendungen	389
§ 29 Übersicht	389
I. Einwendung und Einrede	389
II. Funktion einer Einteilung der Einwendungen	390
III. Einteilung von den Ansprüchen her	390
§ 30 Erfüllung und Erfüllungssurrogate	393
I. Erfüllung	393
II. Erfüllungssurrogate	394

§ 31 Verlust von Einwendungen	398
I. Schuldrecht und Sachenrecht	398
II. Übertragung pfandrechtsgesicherter Forderungen	398
III. Feststellungsverträge	400
IV. Fremdfinanzierte Abzahlungsgeschäfte	403
7. Abschnitt. Sonderfragen	405
§ 32 Schadensersatzpflichten aus dem Verhalten Dritter	405
I. Handlungs- und Gefährdungshaftung	405
II. Tatbestandsgruppen	405
III. Einzelfragen zu § 278 BGB	410
IV. Einzelfragen zu § 831 BGB	416
§ 33 Probleme des Schadensrechts	418
I. Aufbaufragen	418
II. Schadensbegriff und Ersatzarten	418
III. Vermögens- und Nichtvermögensschaden	421
IV. Tendenzen zum Ersatz von Drittschäden	429
V. Wirkung von Reserveursachen („hypothetische Kausalität“)	438
VI. Vorteilsausgleichung	440
VII. Vorhaltekosten	443
VIII. Mitwirkendes Verschulden des Geschädigten	444
§ 34 Verwendungen auf fremde Sachen	448
I. Terminologie	448
II. Arten der Verwendungen	449
III. Übersicht über die Rechtsfolgen aus Verwendungen	450
IV. Grundlagen für Ansprüche auf Verwendungsersatz	452
V. Insbesondere die Kondition von Verwendungen	454
VI. Einzelfragen zum Wegnahmerecht	459
§ 35 Rückgriff (Regress)	461
I. Übersicht	461
II. Einzelfragen zu § 426 BGB	464
III. Sonderfragen beim Rückgriff des Bürgen	469
IV. Rückgriff nach Geschäftsführungs- und Bereicherungsrecht	471
Gesetzesregister	477
Sachregister	489
Besonders wichtige Entscheidungen	505

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 30. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1968)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXIII
Einleitung. Aufbaufragen	1
§ 1 Der Anspruchsaufbau	1
I. Die Anspruchsnorm als Ausgangspunkt	1
1. Ziel des Anspruchsaufbaus	1
2. Das Finden der Anspruchsnorm	1
3. Mehrheit von Anspruchszielen	2
4. Frage nach der Rechtslage	3
II. Reihenfolge der Prüfung von Anspruchsnormen	3
1. Ziel der Reihenfolge	3
2. Regeln für die Reihenfolge	4
a) Vertrag	4
b) Culpa in contrahendo	4
c) Geschäftsführung ohne Auftrag	5
d) Dingliche Ansprüche	5
e) Delikt und ungerechtfertigte Bereicherung	5
3. Mehrere Normen in einer Gruppe	6
4. Probleme beim Vertragstyp	6
5. Logischer Vorrang von Tatbestandsmerkmalen	7
III. Prüfung von Einwendungen	7
§ 2 Grenzen des Anspruchsaufbaus	8
I. Andere Fallfragen	8
1. Fragen nach der dinglichen Rechtslage	8
2. Rechtsgestaltung und -durchsetzung	9
II. Prozessuale Vorfragen	10
1. Zulässigkeit und Begründetheit	10
2. Unzulässige Klage	11
3. Vorrangige materiell-rechtliche Fragen	11
1. Abschnitt. Ansprüche aus Vertrag	13
§ 3 Verpflichtende und verfügende Verträge	13
I. Unterschiede zwischen Verpflichtung und Verfügung	13
1. Schuldrecht und Sachenrecht	13
2. Materiell-rechtliche Zuständigkeit	14
3. Bindung	16
II. Verpflichtung, Verfügung und causa	18
1. Ausgangspunkt	18
2. Korrekturen	19
a) Schuldverträge ohne klagbare Erfüllungsansprüche	19
b) Abstrakte Verpflichtungen	20
c) Bloße Zweckabreden	21
1. Kapitel. Zustandekommen von Schuldverträgen	22
§ 4 Vertragsschluss	22
I. Zugangsprobleme	23
1. Zugangserfordernisse	23
2. Erklärung unter Anwesenden	24

3. Nichtverkörperte Erklärungen	25
4. Zugang und Auslegung	25
5. Zugangsverzögerung	25
II. Schweigen nach bürgerlichem Recht	26
1. Schweigen als Ablehnung	26
2. Schweigen als Zustimmung	27
3. Abgrenzung	27
III. Schweigen im Handelsrecht	28
1. Schweigen mit Erklärungswirkung	28
2. Schweigen auf ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben	28
IV. Allgemeine Geschäftsbedingungen	31
1. Problematik und Anwendungsbereich der §§ 305 ff. BGB	31
2. Einführung in den Einzelvertrag	32
3. Inhaltskontrolle der AGB	32
4. Beiderseitige Verwendung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	35
5. Inhaltskontrolle notarieller Verträge	36
§ 5 Stellvertretung	37
I. Abgrenzung der Stellvertretung	37
1. Botenschaft	37
2. Einzelheiten zur Falschübermittlung durch Boten	37
3. Handeln unter fremdem Namen	38
4. Handeln unter falscher Namensangabe	39
5. Organschaft	40
II. Offenheitsgrundsatz	40
1. Regel	40
2. Abweichungen	41
a) § 1357 BGB	41
b) Geschäft für den, den es angeht	42
c) Dingliche Surrogation	43
III. Vertretungsmacht	44
1. Erteilung und Erlöschen der Vollmacht	44
2. Willensmängel bei der Bevollmächtigung	45
a) Ausgeübte Innenvollmacht	45
b) Die kundgemachte Innenvollmacht	46
3. Vollmacht, Rechtsschein und Verschulden	46
a) Gleichsetzung von Duldungs- und Anscheinsvollmacht	46
b) Unterscheidung	47
c) Zusammenfassung	47
4. Handelsrechtlicher Verkehrsschutz	48
a) Scheinkaufmann	48
b) Negative Publizität des Handelsregisters	49
c) Ergänzendes Gewohnheitsrecht	50
d) Positive Publizität des Handelsregisters	50
e) Unterschiede zwischen Eintragung und Bekanntmachung	51
f) Vertretungsmacht von Ladenangestellten	51
g) Abgrenzung	51
5. § 181 BGB und Missbrauch der Vertretungsmacht	51
a) Insichgeschäfte	51
b) Missbrauch der Vertretungsmacht	53
c) Unbeschränkbare Vertretungsmacht	53
IV. Schadensersatz bei Vertretung ohne Vertretungsmacht	54
1. Ansprüche gegen den Vertreter	54
2. Ansprüche gegen den Vertretenen	55
3. Haftung bei der Untervollmacht	55
§ 6 Willensmängel	56
I. Abgrenzungsfragen zu §§ 119–122 BGB	56
1. Primat der Auslegung	56
2. Falsa demonstratio	56
3. Dissens	57

II. Nichtigkeit wegen Willensmängeln	57
1. Scheingeschäft und fiduziarisches Geschäft	57
2. Strohmengeschäfte	58
3. Mindestanforderungen an die Willensgrundlage	58
a) Handlungswille	59
b) Erklärungswille und Erklärungsbewusstsein	59
c) Geschäftswille?	60
III. Irrtumsfälle nach § 119 I BGB	60
1. Die gesetzliche Regelung	60
2. Weitere Fallgruppen	61
a) Rechtsfolgeirrtum	61
b) Kalkulationsirrtum	62
IV. Irrtumsfälle nach § 119 II BGB	63
1. Einzelheiten	63
2. Ausschluss von § 119 II BGB	65
V. Irrtumsfolgen	65
VI. Sonderregelungen des Irrtums	66
1. §§ 2078 ff., 2281 ff. BGB	66
2. § 1949 BGB	67
3. §§ 1954, 2308 BGB	67
VII. Probleme des § 123 BGB	68
1. „Dritter“ bei § 123 BGB	68
2. Verhältnis von § 123 BGB und culpa in contrahendo	69
§ 7 Die Geschäftsgrundlage	72
I. Vorfragen	72
II. Abgrenzung der Geschäftsgrundlage	72
1. Vorrangige Sonderregeln	72
2. Vorrang der Auslegung	72
3. Perplexität	73
4. Abgrenzung zur Unmöglichkeit	73
a) Leistungerschwerung	73
b) Zweckstörung	74
c) Äquivalenzstörung	75
5. Motivirrtum	75
6. Kondition wegen Zweckverfehlung	76
III. Die Prüfung der Geschäftsgrundlage	76
1. Was ist Geschäftsgrundlage?	76
a) Elemente der Geschäftsgrundlage	76
b) Regelmäßig unbeachtliche Umstände	77
2. Wann fehlt die Geschäftsgrundlage oder ist sie weggefallen?	78
3. Rechtsfolgen aus Fehlen und Wegfall der Geschäftsgrundlage	78
§ 8 Fragen des Minderjährigenrechts	79
I. „Lediglich rechtlicher Vorteil“	79
1. Leistungen an den Minderjährigen	79
2. Annahme von Schenkungen	80
II. Die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	81
1. Arten der Einwilligung	81
2. Geschäfte über das Surrogat	82
III. Außervertragliche Haftung	82
1. Bereicherungshaftung	82
2. Haftung für culpa in contrahendo	83
§ 9 Formfragen	85
I. Formbedürftigkeit	85
II. Mangel der durch Gesetz bestimmten Form (§ 125 S. 1 BGB)	85
1. Bewusste Nichtbeachtung der Form	86
2. Täuschung über die Formbedürftigkeit	86
3. Versehentliche Nichtbeachtung der Form	87
4. Formmangelhafte Verfügungen	88
5. Formbedürftigkeit bei der Vollmachtserteilung	88

III. Mangel der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form (§ 125 S. 2 BGB)	89
1. Vorkommen von Formvereinbarungen	89
2. Unterschiede zum Mangel der gesetzlichen Form	89
3. Vorbehalt schriftlicher Bestätigung und Vertretungsmacht	90
§ 10 Vertragsansprüche ohne Vertrag	91
I. Erfüllungsansprüche	91
1. Sozialtypisches Verhalten	91
a) Bedenken	91
b) Andere Lösungsmöglichkeiten	92
c) Fortleben der Lehre vom sozialtypischen Verhalten in der Rechtsprechung	92
2. Ausgeführte Eingliederungsverhältnisse auf mangelhafter Vertragsgrundlage	93
a) Verdrängung der Unwirksamkeitsnorm	93
b) Einschränkungen	93
c) Zusammenfassung	94
II. Ansprüche auf Schadensersatz	94
1. Culpā in contrahendo	95
2. Haftung Dritter	96
a) Vertreter bei Vertragsverhandlungen	96
b) Erweiterungen	96
3. Einheitliches gesetzliches Schuldverhältnis	98
2. Kapitel. Die Wirkung von Schuldverträgen	99
§ 11 Übersicht über die Pflichten aus Schuldverträgen	99
I. Primär- und Sekundärpflichten	99
II. Haupt- und Nebenleistungspflichten	100
III. Schutzpflichten (nichtleistungsbezogene Nebenpflichten)	100
1. Überblick und Einteilung	100
2. Haftungsmilderungen	101
3. Verjährung	102
§ 12 Das Synallagma (Gegenseitiger Vertrag)	104
I. Anwendungsbereich des Synallagma	104
II. Wirkungen des Synallagma	105
1. Genetisches Synallagma	105
2. Funktionelles Synallagma	105
a) Abhängigkeit bei der Durchsetzung	105
b) Einrede und Schuldnerverzug	106
c) Besonderheiten	107
d) Abhängigkeit beim Fortbestehen	109
3. Das Synallagma bei der Rückabwicklung	109
a) Rücktritt	109
b) Bereicherungsrecht (Saldotheorie)	110
c) Rücktrittsrechtliche Wertungen und Saldotheorie	112
d) Saldotheorie und Normzweck	114
e) Rücktrittsfolgenrecht und Bereicherungsrecht	115
§ 13 Allgemeines Leistungsstörungenrecht	118
I. Einteilung	118
1. Pflichtverletzung und Rechtsfolgen	118
2. Insbesondere der Schadensersatz	118
II. Arten der Pflichtverletzung	120
1. Nichterbringung der Leistung	120
2. Leistungsverzögerung	124
3. Andere Pflichtverletzungen	126
III. Stückschuld, Gattungsschuld, Geldschuld	127
1. Geldschuld	127
a) Schuldnerverzug	127
b) Ausnahme: Entlastung bei Unvermögen	128
2. Gattungsschuld vor der Konkretisierung	128
a) Objektive Unmöglichkeit	128
b) Andere Leistungsstörungen	129

3. Konkretisierung der Gattungsschuld	130
a) Bring-, Schick- und Holschuld	130
b) Konkretisierung bei der Geldschuld	130
c) Konkretisierung beim Kauf	131
d) Konkretisierung und Annahmeverzug	131
e) Bindung an die Konkretisierung	132
4. Stückschuld	132
IV. Vertretenmüssen	133
1. Vertretenmüssen des Schuldners	133
a) Geldmangel	133
b) Übernahme des Beschaffungsrisikos bei der Gattungsschuld	133
c) Bezugspunkt des Vertretenmüssens	134
2. Die Verantwortung des Gläubigers	135
3. Vertretenmüssen von Schuldner und Gläubiger	136
V. Gefahrtragung	136
1. Arten der Gefahr	136
2. Bedeutung der Preisgefahr	137
3. Übergang der Preisgefahr	137
a) Annahmeverzug	138
b) Kaufrecht	138
c) Werkvertrag und Dienstvertrag	139
VI. Die Reihenfolge der Prüfung von Leistungsstörungen	140
§ 14 Einzelne Vertragstypen	142
I. Der Kauf	142
1. Rückbindung der Käuferrechte an das Allgemeine Schuldrecht	142
2. Gleichstellung von Sach- und Rechtsmängelhaftung	144
3. Sachmangel	145
4. Nacherfüllungsanspruch des Käufers	149
5. Rücktritt	154
6. Schadensersatzansprüche des Käufers	156
7. Arglist des Verkäufers	158
8. Verjährung	161
9. Verjährung und Ersatzansprüche aus anderem Rechtsgrund	162
10. Ansprüche des Verkäufers	164
11. Verbrauchsgüterkauf	165
12. Regress in der Lieferkette	168
13. Handelskauf	170
II. Andere Schuldverhältnisse	171
1. Werkvertrag	171
a) Erfolgsbezogenheit und „funktionaler“ Mangelbegriff	172
b) Abnahmepflicht des Bestellers	173
c) Selbstvornahme der Nacherfüllung	174
d) Schadensersatz	174
e) Verjährung	176
2. Reisevertrag	176
3. Dienstvertrag	177
4. Miete	178
5. Leasing	182
§ 15 Verbraucherschutzrecht	185
I. Ausgangspunkt	185
II. Überblick	185
1. Grundbegriffe	185
2. Unbestellt erbrachte Leistungen	187
3. Einzelne Tatbestände	187
III. Einzelprobleme	188
1. Überrumpelung	188
2. Fernabsatz	189
3. Die Stellung des Verbrauchers nach dem Widerruf	190

4. Widerruf und Vollstreckungsgegenklage	192
5. Internet-Auktionen	192
§ 16 Unentgeltliche Geschäfte	196
I. Abgrenzung Rechtsgeschäft – Gefälligkeitsverhältnis	196
1. Die Fragestellung	197
a) Rechtsbindungswille	197
b) Gefälligkeitsverhältnis mit rechtsgeschäftlichem Charakter	197
2. Teilfragen	198
a) Haftungsmaßstab	198
b) Ausführungsanspruch	199
c) Haftung bei Ausführung	199
3. Der Lottofall	200
4. Der Pillenfall	200
II. Abgrenzung bei der Schenkung	201
1. Die Vermögenszuwendung bei der Schenkung	201
2. „Schenkungen“ und Gegenleistung	201
a) Gegenseitiger Vertrag	201
b) Schenkung unter Auflage	202
c) Bedingte Schenkung	202
d) Zweckschenkung	202
e) Unerhebliche Zweckangabe	202
f) Belohnende Schenkung	203
3. Die gemischte Schenkung	203
III. Die Schwächen des unentgeltlichen Erwerbs	204
1. Unentgeltliche Verfügung eines Nichtberechtigten	204
2. Unentgeltliche Verfügung eines berechtigten Bereicherungsschuldners	205
3. Unentgeltlich erlangter Besitz	206
4. Böbliche Schenkungen des gebundenen Erblassers oder des Ehegatten	206
5. Schenkungen mit Nachteil für einen Pflichtteilsberechtigten	207
6. Dinglich unwirksame Schenkung	207
IV. Rechtsgrundlos = unentgeltlich?	208
1. Das Problem	208
2. Die Gleichstellung bei § 816 I 2 BGB	208
V. Die Schenkung von Todes wegen	209
1. Funktion des § 2301 BGB	209
2. Schenkungen durch Vertrag mit einem Dritten	211
a) Vorrang des Erbrechts?	211
b) Verdrängung des Erbrechts durch § 331 BGB?	211
c) Lösungsvorschlag	212
d) Einschränkung der Rechtsprechung	213
3. Auftrag und Vollmacht über den Tod hinaus	213
2. Abschnitt. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	215
§ 17 Übersicht über die Geschäftsführungsverhältnisse	215
I. Arten der Geschäftsführung	215
1. Spezialregelungen	215
2. Geschäftsführung ohne Auftrag	215
3. „Unechte“ Geschäftsführung ohne Auftrag	216
II. Geschäftsführung für einen anderen	217
1. Die Zuordnung von Geschäften	217
2. Bedeutung der Zuordnung	217
3. Zuordnungsprobleme	218
a) Die Rechtsprechung	218
b) Bedenken	219
c) Zurückhaltendere Entscheidungen	220
4. Besondere Fallgruppen	221
a) Erfüllung eines Vertrages mit einem Dritten	221
b) Leistungen eines Gesamtschuldners	221
III. Die unechte Geschäftsführung ohne Auftrag	222

1. Irrtümliche Annahme eines eigenen Geschäfts	222
2. Geschäftsanmaßung	223
a) Ansprüche des Geschäftsherrn	223
b) Gegenansprüche des Geschäftsführers	223
§ 18 Einzelheiten der Geschäftsführung ohne Auftrag	225
I. Berechtigte und unberechtigte Geschäftsführung	225
1. Die GoA als Anspruchsgrundlage	225
2. Unterscheidungskriterien	225
a) Interesse und Wille	225
b) Wirklicher und mutmaßlicher Wille	226
c) Der falsch eingeschätzte Wille	226
d) Zusammenfassung	227
II. Rechtsfolgen der Geschäftsführung ohne Auftrag	227
1. Berechtigte GoA	227
a) Ansprüche des Geschäftsherrn	227
b) Ansprüche des Geschäftsführers	228
2. Unberechtigte GoA	229
a) Ansprüche des Geschäftsherrn	229
b) Ansprüche des Geschäftsführers	230
III. Schema für die §§ 17 und 18	231
3. Abschnitt. Dingliche Ansprüche	233
§ 19 Übersicht über die dinglichen Ansprüche	233
I. Begriff	233
II. Überblick	234
1. Ansprüche auf Herausgabe	234
2. Ansprüche auf Beseitigung und Unterlassung	235
3. Ansprüche auf Befriedigung aus einem Gegenstand	236
4. Weitere dingliche Ansprüche	236
III. Eigenarten der dinglichen Ansprüche	236
1. Fehlen der selbstständigen Abtretbarkeit	236
2. Die Anwendbarkeit weiterer Schuldrechtsnormen	238
a) Hauptnormen des Unmöglichkeitrechts	238
b) Andere Unmöglichkeitsvorschriften	239
c) Schuldnerverzug	240
IV. Die eigene Störungsregelung für dingliche Ansprüche	241
1. Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis bei § 985 BGB	241
2. Weitere gesetzliche Regeln	241
3. Entsprechende Anwendung der §§ 987 ff. BGB bei §§ 894, 1004 BGB	241
V. Zusammenfassung zu III und IV	242
§ 20 Anwartschaften	243
I. Typische Anwartschaften	243
1. Bedingter Erwerb	244
2. Grundstückserwerb vor Eintragung	244
3. Hypothekenerwerb vor Valutierung	244
II. Der Schutz der Anwartschaften	245
1. Der bedingte Rechtserwerb	245
a) Unwirksamkeit von Zwischenverfügungen	245
b) Recht zum Besitz des Erwerbers	246
c) Vereitelung des Bedingungseintritts	246
d) Erweiterungen des gesetzlichen Schutzes	246
e) Schutz gegen Gläubiger des Verkäufers	247
2. Der Auflassungsempfänger vor Eintragung	248
a) Schutz gegen Widerruf	248
b) Schutz gegen Verfügungsbeschränkungen	248
c) Schutz gegen Zwischenverfügungen	248
3. Der Hypothekar vor Valutierung	249
a) Buchhypothek	249
b) Briefhypothek	250

III. Übertragung und Erwerb der Anwartschaft	250
1. Bei bedingtem Rechtserwerb	251
a) Erwerb vom Berechtigten	251
b) Redlicher Erwerb vom Nichtberechtigten	251
2. Anwartschaften im Immobiliarsachenrecht	252
a) Aufassungsempfänger	252
b) Hypothekar vor Valutierung	253
IV. Die Abhängigkeit der Anwartschaften von ihrem schuldrechtlichen Bestandteil	254
1. Bei bedingtem Rechtserwerb	254
2. Bei Anwartschaften im Immobiliarsachenrecht	254
V. Einzelfragen zur Anwartschaft bei bedingtem Rechtserwerb	255
1. Die Anwartschaft im Haftungsverband	255
2. Die Pfändung der Anwartschaft an beweglichen Sachen	257
VI. Anwartschaft und Anwartschaftsrecht	257
§ 21 Fiduziarische Sicherungsrechte	259
I. Arten der Treuhand und Gründe der Sicherungstreuhand	259
1. Arten der Treuhand	259
a) Verwaltungstreuhand	259
b) Sicherungstreuhand	259
2. Sicherungstreuhand und zwingendes Sachenrecht	261
II. Komplikationen bei der fiduziarischen Sicherung	261
1. Unwirksamkeit des Sicherungsvertrages	261
2. Ausbleiben der Valutierung	262
3. Zusammenfassung	263
III. Die Erfüllung der zu sichernden Forderung	263
1. Sicherungsübereignung und Sicherungszession	264
2. Sicherungsgrundschuld	264
IV. Wirkungen des Sicherungszwecks gegenüber Dritterwerb des Sicherungsguts	265
1. Regel: keine Drittwirkung	265
2. Drittwirkung in Ausnahmefällen	265
a) Eigentumsvorbehalt	266
b) Sicherungsübereignung	266
c) Sicherungszession	267
d) Sicherungsgrundschuld	267
3. Veräußerung des mit einer Sicherungsgrundschuld belasteten Grundstücks	268
V. Die fiduziarische Sicherung in Zwangsvollstreckung oder Insolvenz	268
1. Eigentumsvorbehalt	268
2. Andere Sicherungsrechte	268
VI. Die Verarbeitungsklausel bei Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübereignung	269
1. Fremdwirksame Verarbeitung	269
2. Andere Ansichten	270
3. Lösungsvorschlag	271
4. Zum Wertverhältnis bei § 950 BGB	271
VII. Das Bestimmtheitserfordernis bei Sicherungsübereignung und Sicherungszession	272
VIII. Das Zusammentreffen von verlängertem Eigentumsvorbehalt und Sicherungszession	274
1. Der Vorrang des Eigentumsvorbehalts	274
2. Gegenargumente	275
3. Zahlung auf das Verkäuferkonto beim Globalzessionar	276
4. Entreichung des Globalzessionars	276
§ 22 Der Erwerb vom Nichtberechtigten kraft Rechtsscheins	277
I. Möglichkeiten des rechtsgeschäftlichen Erwerbs	277
1. Übersicht	277
a) Veräußerer mit Verfügungsbefugnis	277
b) Veräußerer ohne Verfügungsbefugnis	280
2. Sonderfälle: Wirksamkeit wegen der Nichtberechtigung?	282
a) Minderjährigkeit des Veräußerers	282
b) § 1369 BGB	282
c) Lösungsvorschlag	282
II. Allgemeines zum redlichen Erwerb	283

1. Die Vermutung aus dem Rechtsscheinträger	283
2. Vermutungen bei der Behandlung von Fällen	285
3. Allgemeine Voraussetzungen des redlichen Erwerbs	285
a) Rechtsgeschäftlicher Erwerb	285
b) Verkehrsgeschäft	286
III. Einzelfragen zum Grundbuch	287
1. Widerspruch für einen Nichtberechtigten	287
2. Der Widerspruch bei Veräußerungsketten	287
3. Vormerkung und Widerspruch beim redlichen Erwerb	288
4. Wiederaufladung und spätere Entstehung	289
5. Redlicher Vormerkungserwerb durch den Zessionar	290
IV. Einzelfragen zum Besitz	291
1. Der Nebenbesitz	291
a) Der Ausgangspunkt der Lehre	291
b) Der Fräsmaschinenfall von BGHZ 50, 45	292
2. Der Geheißerwerb	293
a) Die Übergabe durch einen Dritten auf Geheiß des Veräußerers	293
b) Die Übergabe an einen Dritten auf Geheiß des Erwerbers	294
3. Veräußerung unter Zustimmung des dritten Besitzers	295
4. Guter Glaube an die Verfügungsmacht	295
V. Der Erbschein	296
1. Das Prinzip	296
2. Fallgruppen	296
a) Mobiliarsachenrecht	296
b) Immobiliarsachenrecht	297
c) Forderungserwerb	297
d) Leistung auf eine Nachlassforderung	298
§ 23 Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis und der Erbschaftsanspruch	299
I. Zweck der Sonderregelungen	299
II. Übersicht zum Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	300
1. Unverklagter redlicher Besitzer	300
2. Verklagter oder unredlicher Besitzer	301
III. Die Redlichkeit beim Besitzerwerb durch Gehilfen	301
IV. Verhältnis §§ 985 ff. BGB – Vertrag	302
1. Berechtigter und nicht so berechtigter Besitzer	302
2. Nicht berechtigter Besitzer	303
a) Haftungsmilderung	303
b) Haftungsverschärfung nach § 991 II BGB	303
c) Anderer Fremdbesitzerexzess	304
3. Der nicht mehr berechnigte Besitzer	304
a) Anwendung der §§ 994 ff. BGB	304
b) Gutgläubig erworbenes Unternehmerpfandrecht	305
c) Bedenken	305
d) Lösungsvorschlag	306
V. Verhältnis §§ 987 ff. BGB – Delikt	307
VI. Verhältnis §§ 987 ff. BGB – Bereicherungsrecht	307
1. Sachsubstanz und Übermaßfrüchte	307
a) Sachverbrauch	307
b) Sachveräußerung	308
2. Reguläre Nutzungen	309
a) Bereicherungsansprüche bei nichtiger Veräußerung	309
b) Die Nutzungshaftung Minderjähriger	310
3. Exkurs: Der Eigentumserwerb an Sachfrüchten	311
VII. Besonderheiten beim Erbschaftsanspruch	311
1. Dingliche Surrogation	311
a) Erwerb mit Mitteln der Erbschaft	312
b) Mitverwendung von Eigenmitteln	312
c) Sachfrüchte	313
d) Exkurs: Übersicht zur erbrechtlichen Surrogation	313

2. Andere Einzelheiten des Erbschaftsanspruchs	314
a) Schadensersatz	314
b) Nutzungen	314
c) Verwendungen	314
d) Zahlung von Nachlassschulden aus Eigenmitteln	315
4. Abschnitt. Ansprüche aus Delikt	317
§ 24 Probleme des Deliktsrechts	317
I. Haftung aus Unrecht und Gefährdung	317
II. Haftung aus verschuldetem Unrecht	317
1. Handlungs- oder Erfolgsunrecht?	318
2. Sonstige Rechte bei § 823 I BGB	318
a) Besitz	318
b) Forderungen	321
c) Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	322
d) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	324
e) Ehe	325
f) Vereinsmitgliedschaft	325
3. Schutzgesetzverletzungen	326
a) Schutzgesetze	326
b) Der Schutzbereich des Gesetzes	326
4. Vorsätzliche sittenwidrige Schädigung	326
a) Vorsatz und Schaden	326
b) Vorsatz und Sittenwidrigkeit	327
c) Eingriff in fremde Schuldverhältnisse	327
d) Verhältnis von § 826 BGB zu § 138 BGB	328
III. Die Ergänzung der Ansprüche auf Schadensersatz durch Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche	328
1. Unterlassungsansprüche	328
2. Beseitigungsansprüche	329
3. Beeinträchtigung durch verkehrsrichtiges Verhalten?	330
IV. Gefährdungshaftung	330
1. Der Haftende	331
2. Probleme der Halterhaftung	331
a) Der Betriebsbegriff	331
b) Höhere Gewalt	332
c) Einschränkung nach dem Schutzzweck?	332
d) Haftungsausschluss gegenüber Nutznießern	333
3. Konkurrenzfragen	334
4. Zivilrechtliche Aufopferungsansprüche nach § 904 BGB	334
V. Beeinflussung durch Vertragsrecht	335
1. Problem	335
2. Lösungsvorschlag	336
§ 25 Die Verkehrspflichten	337
I. Die Funktion der Verkehrspflichten	337
1. Die systematische Stellung	337
2. Begründungsfunktionen der Verkehrspflichten	337
3. Lösungsvorschlag	338
II. Begründung und Umfang von Verkehrspflichten	339
1. Verkehrseröffnung	339
2. Einwirkung auf einen bestehenden Verkehr	339
3. Sicherungspflichten außerhalb eines Verkehrs	340
4. Verschärfungen und Erweiterungen der verschuldensabhängigen	
Produzentenhaftung	342
a) Haftung für Schäden an der Kaufsache oder dem Werk selbst	342
b) Haftung für Wirkungslosigkeit	343
c) Kupofofenfall	343
d) Hondafall	344
e) Mehrwegflaschenfall	344

f) Milupafall	345
g) Hochzeitsessen	345
h) Kondensatorfall	345
i) Schlackenfall	346
j) Pflegebettenfall	346
5. Anwendung der Sicherungspflichten	347
6. Herausforderungsfälle	347
III. Zusammenfassung	349
IV. Einzelheiten zur Verkehrspflicht	349
1. Haftung bei Einschaltung von Gehilfen	349
2. Haftung des eingeschalteten Gehilfen	350
3. Abgrenzung zum Verschulden	350
5. Abschnitt. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	351
§ 26 Übersicht zum Bereicherungsrecht	351
I. Funktionen der §§ 812 ff. BGB	351
1. Bereicherungs- und Rücktrittsrecht	351
a) Der konstruktive Unterschied	351
b) Unterschiede im Haftungsmaßstab	351
2. Bereicherungsfälle ohne Ähnlichkeit zum Rücktrittsrecht	352
II. Leistungs- und Eingriffskondition im Überblick	352
§ 27 Leistungskondition	354
I. Leistungsbegriff und Wertungsfragen	354
1. Abstellen auf den Leistungsbegriff	354
2. Rückgriff auf Wertungen	354
II. Einzelne Dreipersonenverhältnisse	355
1. Leistungskette	355
a) Nichtigkeit eines Kausalverhältnisses	355
b) Doppelmangel	355
2. „Durchlieferung“	356
a) Lösungsansatz	356
b) Kumulation von Risiken	356
3. Anweisungsverhältnisse	357
a) Bedeutungen von „Anweisung“	357
b) Lösung der Normalfälle	357
c) Fehlen einer wirksamen Anweisung	358
d) Angenommene Anweisung	360
4. Versprechen der Leistung an Dritte	361
5. Leistung auf fremde Schuld	362
6. Zession	363
7. Brauchbarkeit des Leistungsbegriffs	364
8. Irrtum über den Leistenden	365
a) Wille des Leistenden	365
b) Sicht des Zuwendungsempfängers	365
c) Lösungsvorschlag	366
III. Gründe für die Leistungskondition	366
1. Conductio indebiti	366
2. Conductio ob causam finitam	367
3. Exkurs: Ausgleichsansprüche bei gemeinsamer Lebensführung	367
a) Fälle mit Zugewinnausgleich	367
b) Fälle ohne Zugewinnausgleich	368
c) Zuwendungen durch Dritte	369
4. Conductio ob rem	370
a) Leistung ohne Verpflichtung	370
b) Leistung zu einem Erfolg jenseits der Erfüllung	370
c) Insbesondere die enttäuschte Vergütungserwartung	370
d) Grenzfälle	371
5. Conductio ob turpem vel iniustam causam	371
6. Conductio sine causa	374

§ 28 Eingriffskondiktion	376
I. Begriff	376
II. Eingriffsobjekt und Eingriff	376
1. Kriterien	376
2. Sachliche Unterschiede	376
3. Zuweisungsgehalt	377
III. Parteien der Eingriffskondiktion	378
1. Gläubiger	378
2. Schuldner	378
a) Unberechtigte Verfügung	379
b) Unberechtigte Nutzungsüberlassung	379
c) Unberechtigter Sachverbrauch	380
IV. Inhalt der Eingriffskondiktion	380
1. Allgemeine Eingriffskondiktion	380
2. Spezialfall § 816 I 1 BGB	381
a) Verfügungserlös	381
b) Wert	381
c) Kritik und Lösungsvorschlag	381
d) Sachverbesserungen	382
e) Abzug des gezahlten Preises?	383
3. Zusammenfassung	383
V. Leistung und Eingriff	384
1. Vorrang nur für das durch Leistung Erlangte	384
2. Fälle des § 816 I BGB	385
3. Verallgemeinerung auf weitere Fallgruppen?	385
4. Erwerberschutz ausschließende Wertungen	386
5. Konditionsfestigkeit des Ersitzungserwerbs?	386
6. Abschnitt. Einwendungen	389
§ 29 Übersicht	389
I. Einwendung und Einrede	389
1. Einrede im Prozessrecht	389
2. Terminologie im materiellen Recht	389
3. Wirkungskdauer materiell-rechtlicher Einreden	389
II. Funktion einer Einteilung der Einwendungen	390
III. Einteilung von den Ansprüchen her	390
1. Einwendungen gegen alle Ansprüche	390
2. Einwendungen gegen fast alle Ansprüche	391
3. Einwendungen gegen Vertragsansprüche	391
4. Einwendungen gegen Schadensersatzansprüche	392
5. Einwendungen gegen einzelne Ansprüche	392
§ 30 Erfüllung und Erfüllungssurrogate	393
I. Erfüllung	393
1. Leistender	393
2. Leistungsempfänger	393
3. Bewirken der Leistung	394
4. Richtige Leistung	394
II. Erfüllungssurrogate	394
1. Inzahlunggabe gebrauchter Sachen	395
2. Unbare Zahlung	396
3. Teilklagen und Aufrechnung	397
§ 31 Verlust von Einwendungen	398
I. Schuldrecht und Sachenrecht	398
II. Übertragung pfandrechtsgesicherter Forderungen	398
1. Akzessorische Pfandrechte	399
2. Sicherungsgrundschuld	400
III. Feststellungsverträge	400
1. Rechtliche Bindung	401
2. Folgen der Bindung	401

3. Schriftformerfordernis?	402
4. Sachenrechtliche Feststellungsverträge	402
IV. Fremdfinanzierte Abzahlungsgeschäfte	403
7. Abschnitt. Sonderfragen	405
§ 32 Schadensersatzpflichten aus dem Verhalten Dritter	405
I. Handlungs- und Gefährdungshaftung	405
II. Tatbestandsgruppen	405
1. Haftung für alle zum Ersatz verpflichtenden Handlungen	405
2. Haftung in einer Sonderverbindung	406
3. Haftung außerhalb einer Sonderverbindung	407
a) Haftung für Repräsentanten	407
b) Haftung für Verrichtungsgehilfen	407
c) Ähnliche Haftungsfälle	408
4. Mehrheit von Deliktsbeteiligten	408
5. Organhaftung bei Überschreitung der Vertretungsmacht?	410
III. Einzelfragen zu § 278 BGB	410
1. Sonderverbindung	410
a) Dingliche Ansprüche	410
b) Nachbarliches Gemeinschaftsverhältnis	411
c) Andere Fallgruppen	412
2. Einschaltung durch den Schuldner	412
3. Grenzen des § 278 BGB	413
a) Reichweite der Garantie des Schuldners	413
b) Umfang der Verpflichtung des Schuldners	413
c) Insbesondere das Herstellerverschulden beim Kauf	414
4. Gesetzlicher Vertreter	415
IV. Einzelfragen zu § 831 BGB	416
1. Weisungsgebundenheit	416
2. Exkulpation	416
3. Aufsichts- und Organisationspflichten	417
§ 33 Probleme des Schadensrechts	418
I. Aufbaufragen	418
II. Schadensbegriff und Ersatzarten	418
1. Möglichkeiten der Schadensberechnung	418
2. Integritäts- und Wertinteresse	419
3. Prognosefehler bei § 251 II BGB	420
III. Vermögens- und Nichtvermögensschaden	421
1. Naturalrestitution	421
2. Kommerzialisierung	422
a) Entschädigung für Nutzungsentgang	422
b) Freizeit und Urlaub	426
3. Erweiterung des § 253 II BGB	428
4. Verdrängung des § 253 I BGB durch das Grundgesetz	428
5. Entgangene Gegenleistung für eine Benutzungserlaubnis	428
IV. Tendenzen zum Ersatz von Drittschäden	429
1. Drittschaden und mittelbarer Schaden	429
2. Sonderregelungen	431
3. Haftungsinteresse	431
4. Schadensliquidation im Drittinteresse	432
5. Verträge mit Schutzwirkung für Dritte	432
6. Abgrenzungsfragen	433
7. Einzelheiten	434
a) Drittschadensliquidation	434
b) Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	435
8. Ansprüche Dritter bei Nichterfüllung?	437
V. Wirkung von Reserveursachen („hypothetische Kausalität“)	438
1. Ausgangspunkt	438
2. Streitstand	438

3. Berufung auf rechtmäßiges Alternativverhalten	439
VI. Vorteilsausgleichung	440
1. Adäquanz?	440
2. Fallgruppen	441
a) Mangel an Kausalität zwischen Vor- und Nachteil	441
b) Vom Geschädigten „erkaufte“ Vorteile	441
c) Freiwillige Zuwendungen Dritter	441
d) Eigene überpflichtmäßige Anstrengungen des Geschädigten	442
3. Ausgleichsbegründender Zusammenhang	442
4. Vorteilsausgleichung und normativer Schaden	443
VII. Vorhaltekosten	443
1. Berücksichtigung von Vorhaltekosten	443
2. Bedenken	443
VIII. Mitwirkendes Verschulden des Geschädigten	444
1. Verantwortlichkeit des Geschädigten für Dritte	444
a) Kind und Eltern	444
b) Andere Wege zur Entlastung des Schädigers	445
c) Abwägung	445
d) Aufsichtspflichten	446
e) Konkurrenz von Vertrags- und Deliktsansprüchen	446
2. Bewahrungsgehilfen	446
3. Unnötige Mietwagenkosten	447
§ 34 Verwendungen auf fremde Sachen	448
I. Terminologie	448
1. Aufwendungen	448
2. Verwendungen	448
II. Arten der Verwendungen	449
III. Übersicht über die Rechtsfolgen aus Verwendungen	450
1. Inhalt des Verwendungsersatzes	451
2. Wegnahmerecht	452
IV. Grundlagen für Ansprüche auf Verwendungsersatz	452
1. Vertrag	452
2. Überbau	453
3. Verarbeitung	453
4. Geschäftsführung ohne Auftrag	453
5. Eigentümer-Besitzer-Verhältnis und Erbschaftsanspruch	454
V. Insbesondere die Kondition von Verwendungen	454
1. Arten der Bereicherungsansprüche	454
a) Leistungskondition	454
b) Verwendungskondition aus § 951 BGB	455
c) Verwendungskondition außerhalb von § 951 BGB	457
2. Problem der aufgedrängten Bereicherung	457
3. Begrenzung der Verwendungskondition	458
4. Abgrenzung der Aufwendungskondition	459
VI. Einzelfragen zum Wegnahmerecht	459
1. Gründe und Durchführung der Wegnahme	459
2. Wegnahmrechte und § 951 I 2 BGB	460
3. Wegnahmerecht des Nichtbesitzers?	460
§ 35 Rückgriff (Regress)	461
I. Übersicht	461
1. Rückgriffstechniken	461
a) Legalzession	461
b) Pflicht zur rechtsgeschäftlichen Abtretung	461
c) Besondere Rückgriffsansprüche	462
d) Kombinationsregresse	462
e) Allgemeine Rückgriffskondition	462
2. Rückgriffsgründe	462
a) Besondere Rückgriffsgründe	463
b) Allgemeine Rückgriffskondition	464

II. Einzelfragen zu § 426 BGB	464
1. Zweifel um den Anwendungsbereich von § 426 BGB	464
2. Lösungsvorschlag	465
3. Gleichheit des Schuldinhalts?	466
4. Ansprüche auf Veräußerungserlös und Schadensersatz	466
5. Gestörte Gesamtschuld	467
a) Lösung zulasten des privilegiert haftenden Schädigers	467
b) Andere Lösungsmöglichkeiten	468
c) Stellungnahme	469
III. Sonderfragen beim Rückgriff des Bürgen	469
1. Bürgschaft und Pfandrecht	469
2. Bürgschaft und Gesamtschuld	470
IV. Rückgriff nach Geschäftsführungs- und Bereicherungsrecht	471
1. Rückgriff aus besonderen Gründen	471
2. Abgrenzung zwischen Leistungs- und Rückgriffskondiktion	472
3. Voraussetzungen der Rückgriffskondiktion	473
4. Aufgedrängter Rückgriff	474
Gesetzesregister	477
Sachregister	489
Besonders wichtige Entscheidungen	505



beck-shop.de

 DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG